Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 36 – Fortschreibung des Psychiatrieplans

Dazu sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Marret Bohn:

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 690.10 / 19.11.2010

Vorhandene Strukturen in Schleswig-Holstein müssen weiterentwickelt werden

Die Zahl der diagnostizierten psychischen Erkrankungen nimmt stetig zu. In den letzten zehn Jahren um 40 Prozent. Das machen die offiziellen Zahlen der Krankenkassen deutlich. Laut Gesundheitsreport der Techniker Krankenkasse ist die Verordnung von Antidepressiva bei Frauen um 100, bei Männern um 120 und bei arbeitslosen Männern um 2000 Prozent gestiegen. Psychische Erkrankungen sind in erster Linie individuell ein schweres Schicksal, an dem soziale Beziehungen und Familien zerbrechen können und Arbeitsplätze verloren gehen. Psychische Erkrankungen sind allerdings auch ein volkswirtschaftlicher Faktor, der für Arbeitgeber und Krankenkassen zunehmend relevant wird. Und neben den offiziellen Zahlen gibt es eine hohe Dunkelziffer. Darauf weisen Fachleute hin.

Im Umgang mit psychischen Erkrankungen hat sich in den vergangenen zehn Jahren Einiges getan. Damit meine ich zum Bespiel die Anerkennung von „burn out“ als Krankheit. Durch wissenschaftliche Forschung wissen wir inzwischen, dass zum Teil auch endogene Faktoren – zum Beispiel das Fehlen von Botenstoffen im Gehirnstoffwechsel – verantwortlich sind für psychische Erkrankungen. Vor etwa mehr als einem Jahr hat sich der Fußball-Nationalwart Robert Enke das Leben genommen. Es gab eine große öffentliche Anteilnahme und eine breite Diskussion über psychische Erkrankungen in unserer Gesellschaft. Das gesellschaftliche Tabu, das psychische Erkrankungen umgibt, ist aber längst noch nicht vollständig beseitigt. Daran müssen wir weiter arbeiten.

Was hat sich noch in den letzten zehn Jahren getan?

Gerade in Schleswig-Holstein sind die Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen deutlich erweitert worden. Das war das Ziel und das ist die Folge des Psychiatrieplans 2000. Dieser wurde ebenso wie der Fachplan Gerontopsychiatrie, unter Sozialministerin Heide Moser auf den Weg gebracht. Das ist ohne Zweifel ein großer Verdienst und hieran möchte die SPD mit ihrem aktuellen Antrag anknüpfen.

Wir Grüne freuen uns über diese Initiative. Sie ist fachlich richtig und zeigt, dass die vorhandenen Strukturen in Schleswig-Holstein weiterentwickelt werden müssen. Und wir unterstützen das Ziel, die Psychiatrieplanung in gemeinsamer Verantwortung von Land und Kommunen fortzuschreiben. Genau wie die SPD halten wir Teilplanungen für sinnvoll, zum Beispiel in den Bereichen Gerontopsychiatrie, im Bezug auf geschlechtsspezifische Angebote oder Essstörungen. Auch der Bereich der Prävention ist uns Grünen hierbei besonders wichtig. Wichtig ist es uns auch, weiter auf eine regionale Planung zu setzen. Möglichst wohnortnah, ambulant vor stationär, wann immer es geht, das ist die richtige Devise. Niedrigschwellige Angebote sind hier besonders wichtig.

Ich freue mich über die Vielzahl der Themen und Aspekte, die die SPD in ihrem Antrag anspricht. Besonders für Alleinerziehende mit psychischen Problemen, Kinder mit psychischen Erkrankungen und Menschen mit Sucht- und psychiatrischer Erkrankung, den so genannten Doppeldiagnosen, brauchen wir klare Strukturen, die sie auffangen. Diese Menschen und Familien müssen wir ganz besonders in den Blick nehmen und für sie passende Angebote schaffen. Gerade die offenen Hilfen sind in diesem Zusammenhang wichtig. Sie sind erste Anlaufstelle und oft der erste Schritt zur Therapie. Und je früher eine Therapie beginnt, desto besser ist das Ergebnis. Genau deshalb ist es so falsch und verantwortungslos, wenn die Landesregierung an dieser Stelle um 16 Prozent kürzen will.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Patienten müssen auf einen Therapieplatz viel zu lange warten. Es ist nicht akzeptabel, dass Menschen, die akut Hilfe benötigen, Monate auf einen Therapieplatz warten müssen. Theoretisch gibt es keine Unterversorgung mit Psychotherapeuten in Schleswig-Holstein, Kinder- und Jugendtherapeuten ausgenommen. Trotzdem müssen Behandlungswillige lange Zeit auf Therapieplätze warten.
Da stimmt etwas nicht. Hier besteht Handlungsbedarf – und zwar zügig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde mich freuen, wenn wir alle uns dafür einsetzen würden, dass psychische Erkrankungen nicht länger stigmatisiert werden und freue mich auf eine weitere Diskussion im Sozialausschuss.

***